

Die Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2017 nach steuerpolitischen Kriterien

1. Privatpersonen	
Einkommensteuer	
CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Insgesamt gerechter ausgestalten, den „Mittelstandsbauch“ abflachen (S. 33), Absenkung der Einkommensteuer um 15 Mrd. Euro (S. 33) ➤ Spitzensteuersatz ab einem Jahreseinkommen von 60.000 Euro (S. 33)
SPD	<ul style="list-style-type: none"> ➤ „Mittelstandsbauch“ auf zwei Wegen abflachen (S. 51) ➤ Weg 1: Solidaritätszuschlag ab 2020 abschaffen, Entlastung um 10 Mrd. Euro; substantielle Anhebung der Freigrenzen mit anschließender Gleitzone (S. 51) ➤ Weg 2: gerechte Einkommensteuer: Spitzensteuersatz ab einem Jahreseinkommen von 60.000 Euro und eine linear-progressive Erhöhung auf 45 Prozent ab einem Einkommen von 76.200/152.400 Euro; jährliche Anpassung des Grundfreibetrages, je nach Wirtschafts- und Haushaltslage (S. 52) ➤ Pauschale Steuerfreibeträge für Menschen mit Behinderung anpassen (S. 86)
Grünen	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Steuern, Abgaben und soziale Leistungen aufeinander abstimmen, ohne sprunghafte Belastungssteigerung (S. 130) ➤ Erhöhter Grundfreibetrag (S. 194) ➤ Spitzensteuersatz ab 100.000 Euro (S. 194)
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Grundfreibetrag auf 12.600 Euro erhöhen (S. 11) ➤ Steuerverlauf bis zu einem Einkommen oberhalb von 70.000 Euro bis 53 Prozent abflachen (S. 38/39) ➤ Reichensteuer in 2 Stufen: ab einem Einkommen von ca. 260.000 Euro mit 60 Prozent und ab 1 Mio. Euro mit 75 Prozent besteuern (S. 11) ➤ Steuerfreibeträge für Abfindungen bei Entlassungen wieder einführen (S. 39)
FDP	<ul style="list-style-type: none"> ➤ „Rechtsverschiebung“ des Tarifs und Abflachung des Mittelstandsbauches (S. 120)“ ➤ Freibeträge, Freigrenzen und Pauschbeträge regelmäßig anpassen (S. 122) ➤ Steuererklärung insgesamt vereinfachen (S. 121) ➤ Belastungsgrenze für direkte Steuern, nicht höher als 50 Prozent, in das Grundgesetz (S. 121) ➤ Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen und Lohnzahlungen angleichen (S. 43)
Afd	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Steuerreform mit Absenkung der Steuer- und Abgabenquote (S. 50) ➤ Allgemeine Abgabenbremse (Steuern, Beiträge und Gebühren), die maximal der heutigen Abgabenquote entspricht und mittelfristig 40 Prozent des BIP nicht übersteigt (S. 50) ➤ Progressiven Anstieg der Einkommensteuer durch Steuerstufen ersetzen (S. 51) ➤ Tarife, Freibeträge und Freigrenzen sowie Pauschbeträge und Pauschalen indexieren (S. 51) ➤ Anhebung des Grundfreibetrages auf das pfändungsfreie Einkommen (S. 51)

Familienförderung	
CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Kinderfreibetrag auf Erwachsenenfreibetrag in zwei Schritten anheben; Schritt 1: Kindergeld um 25 Euro je Kind anheben und Freibetrag entsprechend erhöhen; Schritt 2: abhängig von der wirtschaftlichen Lage und in der darauffolgenden Legislaturperiode (S. 25) ➤ Steuerbefreiung für Zuschüsse der Arbeitgeber bis zum Ende der Grundschulzeit ausweiten (S. 25)
SPD	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Wahlrecht zwischen Familientarif mit Kinderbonus und Ehegattensplitting (S. 50) ➤ Abzugsfähigkeit von 150 Euro je Kind und Elternteil von der Steuerlast (S. 50) ➤ Übertragbarkeit von Einkommensanteilen unter den Ehepartnern i. H. v. 20.000 Euro (S. 50) ➤ Kinderzuschlag und Kindergeld zu einem erweiterten Kindergeld zusammenfassen (S. 50) ➤ Beitragsentlastung der Sozialabgaben für Einkommen zwischen 451 Euro und 1.300 Euro bei vollen Rentenansprüchen (S. 51)
Grünen	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Wahlrecht zwischen Ehegattensplitting und „Familien-Budget“, bestehend aus Regelsätzen für Kinder, einem Kindergeld-Bonus und einer Kindergrundsicherung (S. 212)
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Kindergeld auf 328 Euro erhöhen (S. 27) ➤ Kindergrundsicherung von 573 Euro einführen (S. 27) ➤ Ehegattensplitting zu einem steuerlichen Existenzminimum umbauen und durch familienfreundliche Steuermodelle, mit freier Übertragung des steuerlichen Existenzminimums, ersetzen (S. 39)
FDP	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Bestehendes Ehegattensplitting bleibt (S. 120) ➤ Kinderfreibeträge anheben und volle steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten und der gesetzlichen Unterhaltsleistungen (S. 120/121) ➤ Steuerermäßigung i. H. v. 50 statt 20 Prozent für Leistungen im Haushalt (S. 121) ➤ Steuervergünstigungen zu den Schülern, Azubis und Studierenden hin verlagern (S. 30); steuerliche Förderung von Bildungssparen (S. 63) ➤ Nachgelagerte Studiengebühren erheben und als Werbungskosten berücksichtigen (S. 35) ➤ Steuerfreie Entgeltumwandlung von Teilen des Gehaltes, Zuschüsse des Arbeitgebers oder Überstunden etc. in Form eines Langzeitkontos (S. 84) ➤ Steuerklasse V abschaffen (S. 72) ➤ Verantwortungsgemeinschaft mit Begünstigungen im Steuer- und Sozialstaat, als Rechtsinstitut neben der Ehe (S. 94)
Afd	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ehegattensplitting durch Familiensplitting mit angemessenen Freibeträgen pro Familienmitglied ersetzen (S. 51)

Solidaritätszuschlag	
CDU/CSU	➤ Ab dem Jahr 2020 schrittweise abschaffen, Entlastung von 4 Mrd. Euro (S. 33)
SPD	➤ Solidaritätszuschlag ab 2020 abschaffen (S. 52)
Grünen	k. A.
Die Linke	k. A.
FDP	➤ Abschaffung bis Ende 2019 (S. 122)
Afd	k. A.

Abgeltungssteuer	
CDU/CSU	➤ Abschaffung bei funktionierenden Informationsaustausch (S. 33)
SPD	➤ Abschaffung (S. 52)
Grünen	➤ Kapitalerträge mit persönlichem Steuersatz besteuern (S. 194)
Die Linke	➤ Abschaffung (S. 39)
FDP	k. A.
Afd	k. A.

2. Unternehmer

Körperschaftsteuer

CDU/CSU	➤ Annäherung und Harmonisierung mit Frankreich (S. 58)
SPD	➤ Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung und für die gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage mit Mindeststeuersätzen in der EU (S. 53)
Grünen	➤ Einführung der GKKB mit einem Mindeststeuersatz (S. 72)
Die Linke	➤ Auf 25 Prozent erhöhen und für europaweite Mindeststeuersätze (S. 38)
FDP	k. A.
Afd	➤ Faire Unternehmensbesteuerung, Gewinne dort versteuern, wo sie erwirtschaftet werden (S. 51)

Betriebsausgaben/Abschreibungen

CDU/CSU	➤ Degressive AfA für einen beschränkten Zeitraum (S. 37)
SPD	➤ Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Manager-Gehältern auf 500.000 Euro (S. 53)
Grünen	➤ Anhebung der AfA für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro (S. 229) ➤ Steuerliche Absetzbarkeit von Manager-Gehältern auf 500.000 Euro und von Abfindungen auf 1 Mio. Euro begrenzen (S. 192) ➤ Verpflichtung Vorstandsvergütungen zu veröffentlichen (S. 192)
Die Linke	➤ Keine Abschreibungen leerstehender Mietwohnungen (S. 46) ➤ Abzugsfähigkeit von Manager-Gehältern auf 500.000 Euro begrenzen (S. 15)
FDP	➤ Degressive AfA und einheitliche und verkürzte Abschreibungsfristen für Hard- und Software (3 Jahre) einführen (S. 128) ➤ Grenze für Sofortabschreibung erhöhen (S. 128) ➤ Lineare Abschreibung auf 3 Prozent, für Investitionen in den Wohnungsbau (S. 128)
Afd	k. A.

Forschungsförderung

CDU/CSU	➤ Steuerliche Forschungsförderung i. H. v. 2 Mrd. Euro; Wahlrecht zwischen bestehender Förderung und steuerlichen Forschungsförderung (S. 22)
SPD	➤ „Forschungsbonus“ und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für F&E-Ausgaben (S. 49)
Grünen	➤ Steuergutschrift i. H. v. 15 Prozent auf alle Forschungs- und Entwicklungsausgaben (S. 229) ➤ Einmaliges zinsfreies Darlehen bis zu 25.000 Euro (S. 229)
Die Linke	k. A.
FDP	➤ Steuerliche Forschungsförderung als Steuergutschrift, die mit der Steuerschuld verrechnet und im Verlustfall als negative Einkommensteuer ausgezahlt wird (S. 128/129)
Afd	➤ Steuerliche Bedingungen verbessern (S. 53)

3. Weitere Steuerarten

Erbschaftsteuer

CDU/CSU	➤ Jede Verschlechterung bei der Erbschaftsteuer wird abgelehnt (S. 34)
SPD	➤ Große Reform mit weniger Ausnahmen (S. 52/53)
Grünen	➤ Für ein einfaches und gerechtes Erbschaftssteuermodell, bei erneutem Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht (S. 194)
Die Linke	➤ Bestehende Schlupflöcher schließen und hohe Erbschaften höher besteuern; selbst genutztes Wohneigentum bleibt weiterhin freigestellt (S. 11/38)
FDP	➤ Keine weitere Verschärfung, Erbschaften zwischen Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnern steuerfrei (S. 122)
Afd	➤ Abschaffung (S. 51)

Finanztransaktionssteuer

CDU/CSU	➤ Für eine Einführung (S. 33)
SPD	➤ Einführung mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen (S. 53)
Grünen	➤ Für eine Einführung (S. 191)
Die Linke	➤ Für eine Einführung mit einem Steuersatz von 0,1 Prozent pro Finanztransaktion (S. 38)
FDP	➤ Wird abgelehnt (S. 120)
Afd	k. A.

Gewerbsteuer

CDU/CSU	k. A.
SPD	➤ Stabilisieren (S. 55)
Grünen	➤ Einführung der kommunalen Wirtschaftssteuer (S. 184)
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> ➤ In eine Gemeindefortschrittssteuer umwandeln und die Bemessungsgrundlage ausweiten (S. 38) ➤ Gutverdienende Selbständige und Freiberufler einbeziehen (S. 38) ➤ Freibetrag auf 30.000 Euro erhöhen (S. 38) ➤ Gewerbesteuerumlage abschaffen (S. 38)
FDP	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Für Neugründungen den Freibetrag die ersten 3 Jahre verdoppeln (S. 40) ➤ Bereinigung der Bemessungsgrundlage um gewinnunabhängige Hinzurechnungen (S. 127) ➤ Angleichung an die einkommen- und körperschaftsteuerliche Bemessungsgrundlage (S. 127) ➤ Alternativ: als kommunalen Zuschlag auf die Körperschaftsteuer ausgestalten und mit höherem Anteil an der Umsatzsteuer für Kommunen ersetzen (S. 127)
Afd	k. A.

Grundsteuer/Grunderwerbsteuer	
CDU/CSU	➤ Grunderwerbsteuer: Freibeträge für Erwachsene und Kinder sowie ein Baukindergeld i. H. v. 1.200 Euro je Kind und Jahr für 10 Jahre, um Wohneigentum zu fördern (S. 26)
SPD	➤ Grundsteuer verfassungsfest reformieren (S. 55)
Grünen	➤ Grundsteuer: gerechter ausgestalten (S. 184)
Die Linke	k. A.
FDP	k. A.
Afd	➤ Grund- und Grunderwerbsteuer: Senkung (S. 70)

Umsatzsteuer	
CDU/CSU	k. A.
SPD	➤ Digitale Kulturgüter auf dieselbe Mehrwertsteuerstufe wie analoge Kulturgüter stellen (S. 93) ➤ Zoll stärken und zu einer Bundesfinanzpolizei entwickeln (S. 69)
Grünen	➤ Vereinfachungen der aufwändigen Verfahren beim Handel innerhalb der EU (S. 195) ➤ Gerechtere Besteuerung aller Verkehrsträger (S. 58)
Die Linke	➤ Ermäßigte Steuersätze für Handwerk, Kinderprodukte und Arzneimittel S. 38) ➤ Keine Mehrwertsteuerbefreiung für Flugtickets und Mehrwertsteuersatz für Bahntickets halbieren (S. 85)
FDP	➤ IST-Besteuerung als Grundsatz, bis zur Umsetzung Erhöhung der Umsatzschwelle (S. 43)
Afd	➤ Absenkung um 7 Prozent (S. 48)

Vermögensteuer	
CDU/CSU	➤ Gegen eine Wiedereinführung (S. 34)
SPD	➤ k. A.; Dafür: Reichensteuer i. H. v. 3 Prozent auf den Spitzensteuersatz, ab einem Einkommen von 250.000 Euro (S. 52)
Grünen	➤ Verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche (S. 194)
Die Linke	➤ Vermögen ab 1 Mio. Euro soll mit 5 Prozent besteuert, betriebsnotwendiges Vermögen bis 5 Mio. Euro freistellen (S. 37)
FDP	➤ Wird abgelehnt (S. 120)
Afd	➤ Gegen Wiedereinführung (S. 51)

4. Sonstiges

Bürokratieentlastung

CDU/CSU	➤ Bürokratieentlastung mittels „digitalen Bürgerportal“: u. A. mit vorausgefüllten elektronischen Formularen für die Steuererklärung (S. 34); „one-in, one-out“-Regel fortsetzen (S. 17-18)
SPD	➤ Bürokratieentlastung über Befreiung von Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten für kleine und mittlere Unternehmen (S. 31)
Grünen	k. A.
Die Linke	k. A.
FDP	➤ Bürokratiefreies Jahr für Start-Ups sowie keine Steuerzahlungen vor dem ersten Umsatz/Gewinn (S. 39/40)
Afd	k. A.

Steuerungsbetrug

CDU/CSU	➤ International abgestimmtes Handeln für einen fairen Steuerwettbewerb vorantreiben und Umsetzung des „BEPS“-Großprojektes; verbindliche Standards mit anderen Ländern entwickeln (S. 34)
SPD	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Steuerverwaltung, Steuerfahndung und Betriebsprüfungen personell vernünftig aufstellen (S. 53) ➤ Weiterentwicklung bisheriger Maßnahmen gegen Steuerbetrug mit manipulierten Registrierkassen (S. 53) ➤ Vollständige Umsetzung der BEPS-Empfehlungen (S. 54) ➤ Europäisches Transparenzregister einführen und eine erneute „schwarze Liste“ der Steueroasen (S. 54) ➤ Anonyme Finanzgeschäfte in Offshore-Gebieten verbieten und sanktionieren (S. 54) ➤ Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen verstärken (S. 111)
Grünen	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Konsens zur Bekämpfung von Steuerbetrug und -umgehung auf G20-Ebene vertiefen (S. 92) ➤ Geschäfte in Steuersümpfen sanktionieren und anonyme Briefkastenfirmen verbieten; Geschäfte mit unkooperativen Staaten untersagen (S. 194 und 196) ➤ Offenlegung von Steuerzahlungen und Gewinnen nach Staaten durch international tätige Unternehmen bestimmter Größenordnungen (S. 194) ➤ Für ein international verbindliches Regelwerk mit einem EU-weiten Mindeststeuersatz (S. 196)
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Steuervollzug personell aufstocken, Bundesfinanzpolizei für nationale Steueroasen (S. 38) ➤ Im Internet öffentlich zugängliches Transparenzregister (S. 77) ➤ Erweiterte Offenlegungspflichten für transnationale Konzerne (Wertschöpfung, Umsatz, Gewinne und Steuerzahlungen) (S. 77) ➤ Automatische Informationsaustausch als verbindlicher Standard in deutschen Steuerabkommen verankern (S. 77) ➤ Kündigung der DBA mit unkooperativen Staaten, mit Entzug der Lizenz der Finanzinstitute (S. 77) ➤ Weitergabe steuerrelevanter Daten verpflichtend für Finanzinstitute (S. 77) ➤ Wiedereinführung der Quellensteuer i. H. v. 50 Prozent auf Dividenden, Zinsen und Lizenzzahlungen die in unkooperative Staaten abfließen, Anrechnung nur bei Offenlegung aller steuerrelevanten Informationen (S. 77) ➤ Steuerbefreiungen für abfließende Kapitalerträge abschaffen; entstandene Differenzen niedrigbesteuert Kapitalerträge sollen in Deutschland erhoben und besteuert werden (S. 77)
FDP	➤ Entwicklung eines Konzeptes für eine faire Besteuerung auf EU- und G20-Ebene (S. 131)
Afd	k. A.

Weitere Maßnahmen	
CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Steuerliche Berücksichtigung des eingesetzten Wagniskapitals, um Start-ups steuerlich zu fördern (S. 14) ➤ Dauerhafte steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für Jahre mit Einbrüchen zur Förderung der Landwirtschaft (S. 17) ➤ Für Grundbesitzer Anreize in Mietwohnungsbau durch steuerbegünstigte Reinvestitionen schaffen, Gebäudesanierung steuerlich fördern (S. 37/38)
SPD	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Digitale Verwaltung, mit möglichst vielen Dienstleistungen aus einer Hand (S. 31/32)
Grünen	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Abschaffung der Stromsteuer (S. 32) ➤ Wiedereinführung der Brennelementsteuer(S. 52) ➤ LKW-Maut ausweiten (S. 58) und die KfZ-Steuer im Hinblick auf den CO2-Austoß reformieren (Wer viel verursacht, soll mehr zahlen) (S. 61) ➤ Zulagen und Steuerförderung für günstigen Wohnraum (S. 189)
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Subventionierung von Flughäfen beenden, Flugticketsteuer anheben und die Steuer auf Flugbenzin einführen (S. 85) ➤ 10-Jahresfrist für steuerfreie Veräußerungen aus Immobilienverkäufen abschaffen und stärker besteuern (S. 46) ➤ Bevorzugung von Unternehmen, die im Eigentum der Belegschaft stehen, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und Steuererleichterungen (S. 79) ➤ Stromsteuer für private Haushalte senken und Schaffung eines Energiewendefonds (S. 82) ➤ Steuerliches Dienstwagenprivileg nach ökologischen Kriterien umgestalten (S. 85) ➤ Ausweitung der Lkw-Maut (S. 87)
FDP	<ul style="list-style-type: none"> ➤ „Venture-Capital-Gesetz“ für bessere Rahmbedingungen für Wagniskapital mit transparenter Besteuerung von Venture Capital-Gesellschaften (S. 40) <ul style="list-style-type: none"> • Ende der steuerlichen Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital (S. 40) • steuerliche Anrechenbarkeit von Investitionen (S. 40) • Vereinheitlichung der gesetzlichen Rahmenbedingungen in der EU (S. 40) • keine Einschränkungen bei Verlustvorträgen sowie die Bilanzierung von Investitionen in eigenes Intellectual Property (S. 40) ➤ Deutsche Abkommenspolitik an den Mittelstand anpassen (S. 44) ➤ Steuerbefreite Risikoausgleichsrücklage für Land- und Forstwirte (S. 45) ➤ Berechnungszeitraum für den handelsrechtlichen Abzinsungssatz auf zwölf Jahre verlängern (S. 61) ➤ Bewertung der Pensionsrückstellungen in Handels- und Steuerbilanz vereinheitlichen (S. 61) ➤ Anspruch auf verbindliche Auskünfte mit möglichst wenig Aufwand in einer angemessenen Zeit (S. 131) ➤ Stromsteuer auf europäisches Mindestniveau absenken (S. 137)
Afd	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Wohneigentum durch zinslose Darlehen und Erlass der Grunderwerbsteuer fördern (S. 56)

Quellenangabe:

CDU/CSU: „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.“, Regierungsprogramm 2017 - 2021 vom 3. Juli 2017.

https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=9932

SPD: „ES ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern Europa stärken“ Das Regierungsprogramm 2017 bis 2021 vom 23. Mai 2017.

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Regierungsprogramm/SPD_Regierungsprogramm_BTW_2017_A5_RZ_WEB.pdf

Bündnis 90/Die Grünen: „Zukunft wird aus Mut gemacht.“ Bundestagswahlprogramm 2017 vom 16. bis 18. Juni 2017.

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017_barrierefrei.pdf

DIE LINKE: „Sozial. Gerecht. Frieden. Für Alle. Die Zukunft, für die wir kämpfen!“

Langfassung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017 vom 9. bis 11. Juni 2017.

https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf

FDP: „Denken wir neu. Schauen wir nicht länger zu.“ Das Programm zur Bundestagswahl 2017 vom 17. Mai 2017.

<https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/07/25/20170725-wahlprogramm-wp-2017-v15-online.pdf>

AfD: „Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017“ vom 22./23.. April 2017.

https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf